

Arbeiterstimme

Zeitung der K.P.D. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Zeitung: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaft, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat fünf Hauer 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-L / Geschäftsstelle und Expedition: Eisenbahnhofstr. 2 / Gemischte-Sammelnummer 14191 / Postfach-Dresden Nr. 18555, Emil Schlegel / Auslieferung: Dresden-L, Güterbahnhofstr. 2 / Gemixt: Alm Dresden Nr. 17259 / Drahtauschrift: "Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Einzelpreis: Die neuromanisch gesetzte Nonpareille-Zeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanträge 0,20 RM., für die Zeitungsmiete entsprechend an den Preisgestellten Zeitungsseiten 1,25 RM. Einzelgen-Annahme fügt vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-L, Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen höheren Gewässern besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückholung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Mittwoch, den 20. Oktober 1926

Nummer 234

Kuftaft zum Wahlrechtstraub

Sofaten des Bürgerblods

Knapp vor dem Schluß des Landtags, knapp vor dem Termin der Einreichung der Wahlvorschläge ging die reaktionäre Mehrheit im Landtag noch dazu über, eine entscheidende Änderung des Wahlgesetzes anzunehmen. Der Willkür des Innensenators wurden Tilt und Tot geöffnet. Den im Grunde reaktionären Vorsitz unternahm man aber mit der Bestimmung, daß nur aufsteigende Parteien 3000 Mark einzuzahlen haben, wenn sie an der Wahl sich zu beteiligen gedenken. Diesem Vorschlag der Koalitionsregierung wurde auch von den Sozialdemokraten umsonst zugestimmt. Allein die KPD wendete sich gegen diese Kapitalisierung des Wahlrechts, daß die Wahrnehmung verantwortlicher Bestimmungen von dem Geldbeutel abhängig sei, im Grunde also ein Zweiklassenwahlrecht der Schlummerschaft. Auch die Kommunisten sind gegen die Splitterparteien, sie erachten eine politische Erledigung derselben für notwendig. Jedoch wenden sie sich im kapitalistischen Staat gegen die Rechte, vom Besitz abhängige Einschränkung der Wahlfreiheit.

Die Kommunisten haben bei der Beratung des neuen Wahlrechts, das auch gleichzeitige Unterschriften unter den Wahlvorschlag forderte, sofort darauf hingewiesen, daß es sich hier um einen reaktionären Angriff zur Verschlechterung des Wahlrechts handele, daß die zum lästigen Gesetz durchgeführte Maßnahme nur der Auftakt zu weiteren Verschlechterungen sei. Und so ist der erste weitere Schritt getan. Das Innensenatorium des Konservativen Mag. Müller, in dem Ministerialrat Schulz die reaktionären Pläne ausdrückt, hat jetzt als zweiten Schritt eine Verordnung zu den Gemeinden bestimmt, das in der Beratung herausgegeben ist, in der die Maßnahmen, die im Landtag gegen die Stimmen der Kommunisten zur Wahltagabstimmung, auf die Gemeindewahlen übertragen werden. Diese Verordnung wird über die Eingabe der Kandidatenlisten folgendes bestimmen:

"Die Zahl der Unterzeichner der Wahlvorschläge muß 5 Prozent der Wahlzahl der letzten Gemeindewahlen betragen und darf nicht geringer als 30 sein. Die Höchstzahl der Unterzeichner ist 500. Enthalten Wahlvorschläge Personen, die bereits der letzten Gemeindeverordneten-Körperschaft angehört haben, oder handelt es sich um Parteien, die in der letzten Gemeinderverordneten-Körperschaft vertreten gewesen sind, so genügt die Unterzahl von 20, in Gemeinden mit weniger als 1500 Einwohnern von 5 Wahlberechtigten."

Wahlvorschläge, die nur Personen aussühnen, die der letzten Gemeindeverordneten-Körperschaft nicht angehört haben, oder Wahlvorschläge einer Partei, die in der letzten Gemeindeverordneten-Körperschaft nicht vertreten gewesen ist, sind nur zulässig, wenn spätestens am 17. Tage vor dem Wahltag beim Gemeindewahlleiter ein Vorbehalt eingesetzt wird, dessen Höhe für jeden Unterzeichner des Wahlvorschlags 3 Reichsmark beträgt."

Dieser Betrag soll zurückgezahlt werden, wenn auf den Vorbehalt ein Kandidat entfällt. Die Wahlvorschläge müssen am 17. Tage vor der Wahl eingereicht sein.

Diese Bestimmung ist die langsame Wiedereinführung des Klassenwahlrechts. Wie das Bürgeramt sich früher mit solchen

Mitteln gegen die jetzt soziale SPD wendet, werden sich jetzt SPD und Bürgeramt mit diesen Mitteln nicht nur gegen die Splitterparteien, sondern auch gegen die KPD, die in vielen Gemeinden heute zum ersten Mal auftritt und der dadurch die Aufstellung von Kandidaten erschwert werden soll. Die KPD wird gegen diese reaktionäre Maßnahme mit aller Energie antreten und sich gegen die Wiedereinführung der Methoden der Kriegszeit wenden. Bezeichnet ist, daß bei der Durchführung dieser Maßnahmen die USPS und auch die Sozialdemokraten Hilfsdienste, ja Schriftmacherdienste leisten. Ohne die Zustimmung der "Linke" hätte die Koalitionsregierung nicht so hemmungslos diesen Angriff auf die Rechte der Wähler durchführen können. Die Linken haben sich dabei nicht von politischen Gründen, sondern von der finanziellen Spekulation leiten lassen, daß diese Bestimmung auch die USPS treffen werde. Diese gehen auch mit diesen Argumenten frohen und markieren Großzügigkeit. Dabei dürfen die Arbeiter aber nicht vergessen, daß die USPS kapitalistische Hintermänner hat. So schreibt "einige Freunde der Partei", wie es im "Vollstaat" heißt, durch Wilhelm Busch 1900 Marl. Solche Freunde wird die USPS mehrere haben.

Die Maßnahmen des lästigen Innensenatoriums müssen im Zusammenhang mit allen anderen Vergangenheiten betrachtet. Die Bourgeoisie will schon lange eine weitgehende Verschlechterung des Wahlrechts. Hindenburg soll sein Belagerungszustandsgesetz von 1916 wiederhaben.

Als wir Kommunisten bei der Beratung der Verschlechterung des Wahlrechts erklärten, das sei der vorbereitende Angriff gegen das Wahlrecht selbst, so kamen alle Parteien, die Kommunisten überredeten wieder. Jetzt läuft der "Vollstaat" vom 18. b. M. die Räte aus dem Saal. Er nimmt die Obstruktion in Bruchstücken zum Anlaß, um zu erklären:

"Eine wesentliche Verbesserung der heutigen Parlamente wird erst eintreten, wenn ein neues Wahlgesetz die Kandidaten wieder zwingt, sich ihrer Wahlkreise durch die Kraft der Persönlichkeit zu erwerben. Das heutige Völkerstaat hat die Qualität der Abgeordneten auf das empfindlichste gestrichen. Rücksicht wird auch sein, zu prüfen, ob nicht das Alter, zum mindesten für das passive Wahlrecht, heraufgesetzt werden muß. Oft genug haben gerade lebenserprobte Arbeiter und deren Frauen sich darüber gewundert, daß auf den Bänken des Parlaments Menschen sitzen, die noch verdächtig nach Schulbüchern aussiehen."

Das ist der vollenheitslose Angriff auf das Wahlrecht. Wieder muß man betonen, dieser Vorsatz ist nur möglich, weil die SPD, auch die lästige Linke, beim Hohenzollerntag in einer Front mit dem Bürgeramt gestanden.

Die Arbeiter werden ein wachstumswürdiges Auge auf die Vorgänge haben müssen. Am 31. Oktober gilt es, den ersten Gegenantrag zu führen gegen die Vorschläge der Reaktion, am 31. Oktober wählt Kommunisten. Das ist die beste Antwort an die Reaktionäre.

Die Wölfe predigen den Frieden

Das internationale Wirtschaftsmanöver der Großkapitalisten.

Freude herrscht in Trotski-Hallen! Der "Vorwärts" kann seine schwarzen-goldenen oder schwärze-weiße-roten Fahnen aufziehen; der Gedanke der "Völkerverständigung" hat gesiegt. Und warum sollten die Herren Stampfer, Reuter und Co. nicht Jubelfeste feiern? Haben doch die internationales Ausbeuter größten Kalibers gemeinsam ein Schriftstück unterzeichnet, in dem sie „Handelsfreiheit“ fordern, und man denkt, welche Ehre für das deutsche Volk! Stehen doch die Herren Böögeler, Bösch, Deutscher Kompanie fast neben einem J. P. Morgan oder Horace Small. Es wäre für die Arbeiterschaft kein genügender Anlaß, sich mit diesem Schriftstück eingehender zu beschäftigen, würden nicht die gesamte Bürgerliche Presse und gewisse sozialdemokratische Blätter in einem wahren Jubelgeschrei Verwirrung in die Reihen der Arbeiter tragen und auf diese Weise dem „Weltwirtschaftsmanöver“ eine Bedeutung geben, die ihm überhaupt nicht zufällt.

Was ist der Inhalt dieses Manifestes? Es weist zunächst hin auf die Folgen der neuen Grenzziehrungen, die in den Friedensverträgen festgelegt wurden; es erklärt, daß dadurch zusammenhängende Wirtschaftsgebiete ausgetauscht werden, daß neue Konkurrenzindustrien entstanden und daß die einzelnen Staaten versuchen, durch heftige Zollkämpfe gegeneinander die unnatürlichen Wirtschaftsgrenzen und die neugegründeten Industrien zu festigen und zu schützen. „Keine Zolltarifbarrieren, keine Spezialgrenzen und Verbote“, rief das Manifest, das sich die Herren der gelehrten haben. „Die Preise sind allgemein gestiegen und eine tägliche Teuerung herorgerufen werden.“ erläutern sie am gleichen Tage, an dem das internationale Kupferkartell, das von einem der Unterzeichner des Manifestes kontrolliert wird, beschlossen hat, seine Preise nicht unerheblich heraufzulegen, erläutern sie wenige Tage nach Abschluß des europäischen Stahlpaktes, dessen Ziel es ist, wie die Abolitionisten selber zugeben, die Weltmarktpreise für Eisen um mindestens 20 Prozent zu erhöhen. Herr Böögeler, einer der Hauptinitiatoren des Stahlpaktess und der Weltsteuerung, unterzeichnet fahrlässig das Manifest „gegen tägliche Teuerung“.

Für eine Aufhebung der Zollschranken will das Manifest werden. Es ist aber ein Witz der Weltgeschichte, daß beispielweise von deutscher Seite unter anderem Felly Deutch und Franz von Siemens unterzeichnet haben, die beiden Vertreter der Elektroindustrie, die die eifrigsten Verfechter der legitimen Zolltarifvorlage gewesen sind, die mit der eilenerzeugenden Industrie jenseits Gelehrten abgeschlossen haben, wonach sie im Reichstag für hohe Eisen- und Lebendmittelzölle stimmen werden, wenn die Vertreter dieser Wirtschaftsgruppen auch für hohe Zölle auf Eisenerzeugnisse eintreten. „Für Besserung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, für Ermäßigung der Tarife und Frachten“ geben die Herren vor, einzutreten. Zuflügigerweise unterzeichnet aber für Dänemark gerade jener Reeder U. O. Andersen, der auf der legitimen Internationalen Reederkonferenz u. a. den Vorschlag machte, einen Teil des Schiffsraumes zu verschrotten, um die Schiffsfrachten zu vereinern. Damit ist wohl der Sinn des Manifestes genügend gekennzeichnet. In einer Sinnesänderung der Unterzeichner wird auch der „Vorwärts“ nicht im Traum glauben.

Als in Locarno Stresemann, Chamberlain und Briand sich die Hand reichten, sprach der „Vorwärts“ von der Epoche der „Völkerverständigung“. Er heißt „aussersehen“ die Vertreter der französischen, englischen und deutschen Bourgeoisie für Vertreter der Volksmassen. Als Stresemann auf dem Kongreß der „Paneuropäer“ ein paar hässliche Begrüßungsformeln murmelte, sprach der „Vorwärts“ gar folgende erhebenden Worte:

„Wenn der Führer der Nationalliberalen Partei, Herr Stresemann, heute den entschiedensten Kämpfer der Verständigung geworden ist, und wenn die Annahme fortsetzen kann unter der Präsidentschaft des deutschen Kriegspräsidenten auf der einen Seite und der des französischen Kriegspräsidenten auf der anderen, Hindenburgs und Polacares, so ist das ein Beweis mehr für die Sieghaftigkeit einer großen Idee, die vorwärts getragen wird durch die geschichtliche Entwicklung.“

Auch hier verzweigt der „Vorwärts“ den bürgerlichen Diplomaten, den Wegbahner des neuen deutschen Imperialismus mit dem deutschen Volk, eine Ehre, für die sich die wertvollen Massen bedanken werden. Den Gipfel erreicht aber dieses Blatt bei dem oben gekennzeichneten Wirtschaftsmanifest, von dem es in seiner Ankündigung sagt, daß alle Freunde der internationalen Verständigung der Völker der Veröffentlichung der Denkschrift mit großer Span-

Hindenburg und sein Gesetz

Wie wir gestern bekanntgemacht, arbeitete das Innensenatorium einen Entwurf über den Belagerungszustand aus, nach dem Hindenburg sein Gesetz von 1916 wieder bekommen soll. So wie im Krieg als Generalfeldmarschall, so soll er jetzt als Präsident der Republik arbeiten können.

Der Entwurf hat innerhalb der Arbeiterschaft härtsticke Erregung hervorgerufen. Die Arbeiter werden nicht gewillt sein, sich unter Kriegsgefangene stellen zu lassen. Die Empörung der Arbeiter hat die Regierung veranlaßt, zu erläutern, der Entwurf sei nur ein Vorentwurf eines Referenten, er habe mit den offiziellen Stellen nichts zu tun. Wäre das richtig, dann ist das nur ein Zeichen dafür, welch reaktionäre Gesellschaft in den Beamtenstellen der Republik ist. Nun sind aber Dementis der Regierungen ihnen so zu Tagesscheinen geworden, daß man nicht annimmt, wenn eine Regierung etwas abschreibt, dann ist es sicher richtig. So erfährt denn auch heute die Korrespondenz des Zeitungsmagazins aus sicherer Quelle, daß trotz aller Befürchtungen der Reichsregierung der von der „Völkischen Rundschau“ publizierte Entwurf zum Ausführungsgesetz zum 18. 10. ist jetzt mit dem offiziellen Entwurf des zuständigen Referenten Ministerialrat Dr. Hoff identisch. Der Entwurf ist dem Innensenatorialen Küll von gewissen Stellen des Reichswehrministeriums inspiziert worden. Außerdem hat der Reichskommissar für öffentliche Ordnung, Alinzer, seine Hand mit im Spiel.

Die Arbeiterschaft muß aufpassen und zur Abwehr der Pläne der Konservativen bereit sein.

Die KPD gibt die Mehrheit preis

Hilfsdienste für die Kapitalisten.

Berlin, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die „Rote Fahne“ erklärt, daß die Verhandlungen der SPD-Führer mit den Bürgerlichen über die Neuwahl des Berliner Magistrats bereits eine Vereinbarung ergeben haben. Die SPD-Führer und Bürgerlichen wollen die Wahlstellen im Magistrat in der Weise neu besetzen, daß die Mehrheit der bürgerlichen Parteien im Magistrat unter allen Umständen aufrechterhalten bleibt. Die Kommunisten sollen ausgeschlossen bleiben. Die SPD-Führer wollen die bürgerliche Mehrheit im Magistrat erhalten, damit sie bei der Sabotage der Arbeitersforderungen sich auf diese Mehrheit berufen können.

Wieder erhalten die Arbeiter aus Berlin einen Anschauungsunterricht. Vor ein paar Tagen war es der Fürstentümchen, jetzt vorwärts, daß die sozialdemokratischen Führer in Berlin die Mehrheit des Magistrats. Im Gemeinderat haben Kommunisten und Sozialdemokraten die Mehrheit. Trotzdem überläßt man den Magistrat den Bürgerlichen. Das ist dieselbe Partei, zu der Kautz und Ebel gehörten. Denkt daran: am 31. Oktober wählt Kommunisten.

Zinnstelle für Frankensäcker

Zuchthaus für Klostertypen.

Budapest, 18. Ott. (Eig. Drahtbericht.) Soeben will zu Weihnachten die Frankensäcker ammetzen. Diese Zinnstelle soll im Rahmen einer allgemeinen Amnestie durchgeführt werden, wobei angeblich auch Verurteilte aus den Mittelparteien verhindert werden sollen.

nung entgegensehen". Für den „Vorwärts“ sind also Göeler, Siemens, Bosch und Co. „das deutsche Volk“. Morgan, Ford, Harriman das amerikanische Volk, und so weiter. Und wenn sich beispielsweise die deutschen Kohlenbarone und die englischen Bergwerksbesitzer die Hände reichen, um gemeinsam die Konkurrenten zu hemmen und gemeinsam die Bergarbeiter niederzuwalzen, so ist das für Zeitungen vom Schlag des „Vorwärts“ eine „Völkervereinigung“.

Das Weltwirtschaftsmästfest bietet nichtsdestoweniger ein großes Interesse für die Arbeiterschaft. Indem die führenden kapitalistischen Ausbenter feststellen, daß der Weltkrieg und seine Auswirkungen neue Widerprüche geschaffen hat, Widerprüche, die zu immer schärferen Gegenläufen der bürgerlich-kapitalistischen Staaten treiben, die immer neue wirtschaftliche Schwierigkeiten schaffen, belennen sie selber die reaktionäre Tendenz des imperialistischen Kapitalismus. Sie wollen die Widerprüche überwinden, indem sie den Appell ausgeben, zurückzufallen zu den „harmonischen Versöhnnungen der Weltwirtschaft in der heiligen Vorkriegszeit“. Aber das Rad der Geschichte läßt sich nicht rückwärts drehen, und ebenso wenig läßt sich verleugnen, daß jene „harmonischen Versöhnnungen“ genügend Dissonanzen in sich bergen, um 1914 die ganze zivilisierte Erde in Brand zu steken. Nichtsdestoweniger bleibt die Tatsache bestehen, daß nach Abschluß des imperialistischen Weltkrieges die Widerprüche ärger sind als vorher, und daß selbst große Waffensfabrikanten und Finanziers des künftigen Weltkrieges bereits heute schon die Konturen des nächsten Zusammenstoßes am Horizont erblicken.

Die Reformisten wünschen jenen Zusammenstoß zu verhindern, indem sie die Milliardäre und Millionäre, die Krupps und Siemens der ganzen Welt erfordern, einander die Hände zu reichen zu gemeinsamem Bünd oder richtiger gesagt, zu gemeinsamer Ausbeutung der Arbeitersklasse. Ein zweckloses Beginnen, denn allzumal sind unter der Herrschaft des Kapitalismus Habgut und Machtstreben und die Tendenzen, die zu Konflikten treiben, tausendmal größer als der beste Wille, notabene, wenn er vorhanden ist. Für die Unüberdrückbarkeit und die Wucht dieser Gegenläufe steht sogar die veröffentlichte Kündigung selber den besten und schärfsten Beweis. Bei der Abfassung des Planfestes sind solche tiefen Gegenläufe vorhanden gewesen, daß sie sich nicht mal durch die höchsten Kompromißformeln aus dem Rahmen der kapitalistischen Verlaubarung hantieren ließen. Sie finden ihren Niederschlag in einem französischen Vorbehalt, der als Anlage zu dem Weltwirtschaftsmästfest veröffentlicht wird. Darin erklären die französischen Industriellen und Bankiers, daß die internationalen Wirtschaftsschwierigkeiten weniger auf die neuen Grenzlinien zurückzuführen seien, sondern daß man vor allem den Freihandelsländern die Möglichkeit geben müsse, ihre Währung zu stabilisieren. Das ist ein deutlicher Seitenhieb gegen die amerikanischen Kapitalisten, die ihre unumgängbare Mitwirkung bei der Frankensteinbildung als wichtiges Kampfmittel zur „Durchringung Frankreichs“ beurteilen wollen. So spiegelt selbst das nur theoretisch und platonisch gemeinte „Friedensmanöver“ der internationalen Großkapitalisten den Krieg in ihren Reihen wider.

Zawohl, die Zollschranken müssen beseitigt werden, die Hemmnisse im Wirtschaftsverkehr der Völker müssen verschwinden, ein Beginnen, das nur erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn die „unnatürlichen“ Wirtschaftsgrenzen im friedlicher Vereinbarung durch natürliche Grenzen ersetzt werden. Aber alle diese Maßnahmen werden nicht durchgeführt werden durch die Bankdirektoren und die Trustmagnaten der alten und neuen Welt, die kein anderes Mittel der Grenzerichtung kennen als den Krieg und die Niederwerfung der Schwachen. Die „Reordnung der Weltwirtschaft“ kann nur das Ergebnis des erfolgreichen Befreiungskampfes der Arbeitersklasse gegen ihre Unterdrückter sein. Das hegemoniale Proletariat wird mit seinen eigenen Fesseln auch die Zollbarrieren sprengen, die es von seinen Brüdern bisher getrennt haben.

Gastkrieg im Namen des Völkerbundes

Berlin, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die „Politische Zeitung“ berichtet von den General-Verhandlungen des Militätkomitees der Abstimmungskommission, daß dort von militärischen Vertretern der Gastkrieg im Namen des Völkerbundes als Sanktion für einen etwa vertragswidrig unterzeichneten Angriff gegen den schuldigen Staat vorgeschlagen wurde. Dieser Vorschlag wurde von den Generälen Frankreichs, der kleinen Entente, Polens und Finnlands gemacht und ist gegen den „Teufel einer Kriegsdrohung von Russland her“ gerichtet. Das Bekennnis der imperialistischen Generale zum Gastkrieg zeigt gleichzeitig, daß dieser mit allen seinen Furchtbareiten prächtig gegen die Sowjetunion angewandt werden soll.

Die Berliner Polizeiausstellung oder: „Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie“

Eine eigenartige Lust empfängt den Besucher dieser Ausstellung der organisierten Arbeiterniedertrüppung. Soll man hier lachen oder weinen? Man unterläßt zunächst beides mit Rücksicht auf die scharfen und wachsame Augen der umherwimmelnden Polizeioffiziere und schaut sich mit gleichgültiger Faßflüchtigkeit in diesen helligen Hallen um, über deren Größe und Höhe man zunächst verdutzt ist. Das zweite: man weiß nicht, wo soll man beginnen bei den Arbeitermordorganisationen Polens, Italiens, Ungarns? Da kann alles finden, was dein Herz degebet, oder den Kulturdokumenten unserer deutschen Polizei. Fürwahr, was Kultur angeht, die steht unter Polizei an der Spitze, und man sieht sie verqualmt, in den Judenturm auszubrechen: Deutschland, Deutschland über alles“ — wenn man nicht auf die vielen scharfen und wachsenden Ohren der Polizeioffiziere Rücksicht nehmen will, was allerdings dringend zu raten ist.

O heilige Einfalt, was hat man hier kritischen und prüfenden Augen enthalten! Wer nach einer solchen Art (denn es ist eine Art, durch diese Räume zu wandeln und nur anschauen zu dürfen) noch nicht überzeugt ist, wie sehr die Polizei Förderer der Kultur und Sauf der Ordnung ist, dem ist nicht zu helfen — nein, wirklich nicht zu helfen!

Man sehe sich doch nur einmal die historische Abteilung an, d. h. die Ausstellungsräume, die die geschichtliche Entwicklung der Polizei und ihrer Methoden zur Schau stellen — — die drei Hörnerbisse und Schwerter, die Hellebarden und Halsketten, die Schandgeigen und Schandpfähle, die Daumenhaken und Stockketten, die Räder und Galgen, die Haftlöcher und Guillotinen — — wahrlich Kulturdokumente der mittelalterlichen Polizei. Dann blickt man in die Abteilung des Justizs und findet unter Glasscheiben vergilzte Manuskripte, Theaterstücke, die im vorherigen Jahrhundert das Licht der Welt nicht erbliden durften, da der Geburtsheister der Kultur, die Polizei, ihren Dienst vorzog. Man sieht und liest: Kleist, Grillparzer, Heine, Hauptmann, Ibsen — alle, alle hatten einmal das zweifelhafte Vergnügen, vom Justiz gestrichen zu werden, weil es den Monarchen nicht genehm war. (Was ein

Berstärkt die Arbeit zur Landtagswahl

— Nachricht — Schmidauer

Parteigenossinnen und Parteigenossen!

Am 31. Oktober 1926 wird der Sachsen Landtag neu gewählt. Als Schüler von Marx und Lenin wissen wir, daß der Sieg der Arbeitersklasse gegen die Bourgeoisie nicht durch die Abgabe eines Stimmzettels errungen werden kann. Gerade die verloste Landtagsperiode hat den augenscheinlichen Beweis geliefert, daß gesetzgebende Verfassungen, Demokratie und Parlamentsfreiheit ein Reich ist, solange die wirtschaftlichen Machtelitteren in Sachsen und im Reich unter der Kommandobeherrschung der Bourgeoisie stehen. Schon Heribert Lassalle hatte klar erkannt, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind. In dieser speziellen Frage folgen wir ihm, indem wir aussprechen, was ist nämlich:

Durch die Abgabe des Stimmzettels, durch eine Parteienmeinheit kann die herrschende Klasse der Macht nicht entfehlbar werden.

Trotz dieser Erkenntnis beteiligt sich die Kommunistische Partei mit großer Kraft an den Wahlen, soeben sie von jedem einzelnen Mitglied die rechte Teilnahme an der Wahlarbeit, um während des Wahlkampfes an beide Schichten der arbeitenden Bevölkerung heranzutreten. Auch in dem vor uns stehenden Wahlkampf ist unser Hauptziel: in Wort und Schrift die grundlegenden Ziele der Partei und ihre Etagenforderungen zur Wählung der Tagesnotte der westfälischen Bevölkerung in die Massen zu tragen.

Der Hauptfeind der Kommunisten ist die Bourgeoisie. Um die Bourgeoisie besiegen zu können, müssen wir in diesem Wahlkampf mit den Führern der Sozialdemokratie beider Schichten eine schaue, jedoch grundsätzliche Ausniedrigung herstellen. Wir müssen den Arbeitern und Anhängern der Sozialdemokratie zum Bewußtsein bringen, daß dem Siege der Arbeitersklasse über die Bourgeoisie der Sieg des Klassenkampfes dankenswerter ist, als der Krieg im Namen des Friedensmanövers. Der Krieg im Namen des Friedensmanövers ist, den wir gegen die bewaffneten und unbewaffneten Agenten der Bourgeoisie in der Arbeitersklasse führen.

In diesem Geiste gilt es den Wahlkampf zu führen. Daß die Arbeit die ganze Partei!

Dieses große Ziel zu erreichen, die Mehrheit der Arbeitersklasse um die Kommunistische Partei zu scharen, so die politische Einheitsfront und außerparlamentarischen Einheiten zu schaffen, durch die und durch die nur allein die Bourgeoisie gestoppt und die Herrschaft aller Werkstätten errichtet werden kann — als eines der Mittel zur Erreichung dieses großen Ziels dient uns der Wahlkampf.

Unsere konkreten Tagesforderungen haben wir durch Blätter und in der „Arbeiterstimme“ vom 30. September heraus gemacht. In Hand dieser Forderungen geht, daß nur die SPD für die Arbeiterschaft wirklich kämpft. Kürt die Macht auf. Nutzt den Wahlkampf zur regen Werbekraft für Partei und Presse.

Bezirksleitung der KPD, Osnabrück

„Der bestehende Staat ist nicht unser Staat“

Schwarze Opposition gegen die Koalition.

Heute die von uns bereits mitgeteilte Versammlung der Hamburger SPÖ-Funktionäre, in der Scheidemann für die Große Koalition sprach und verlor, den Vertrag der SPD in der Fürstentagsfrage zu verteidigen, berichtet jetzt unter Hamburger Brotzeit weitere Ereignisse. Aus diesem Bericht geht die starke Opposition gegen die Ausführungen Scheidemanns von selbst verschobener alter SPÖ-Funktionäre noch deutlicher hervor.

So sprach als einer Diskussionsteilnehmer Bergmann gegen die Bevölkerung des Reichswehrabsatzes, die entzogen dem Heidelberger Reichstag erfolgt sei, und gegen die Koalitionspolitik. „Wenn wir in der Regierung sind, bedeutet das, die SPD geht mit gedämpftem Trommelfeuer dem Großen zu.“ (Kreuz: Sehr richtig!) Die Haltung der Fraktion vor Hochzollerfrage kann ich nicht verstehen.“ Mit Verzug auf den kommenden Bürgerkrieg, der durch keine Koalition zu verhindern sei, erklärte der Redner: „Dann wird sich zeigen, ob das Proletariat gelingt, daß die Diktatur des Proletariats richtig anwendet.“ (Spannung.) Ich bin nicht der Meinung, daß der bestehende Staat unser Staat ist ... Unser Ziel ist die sozialistische Gesellschaft und nicht die schwarz-rot-goldene Republik. Wie kann für Not? (Zurück: Gibt es Kommunisten?) Was hilft die Verfolzung, wenn noch mehr gehängt wird! Wir müssen mehr außerhalb des Parlaments arbeiten. Die Massen verlieren das Vertrauen in uns.“ (Vernehmen Rotter Beifall.)

Lehmkulz: „Wir sind in der Republik keinen Spott weiterkommen. In der Fürstentagsfrage kann und kann man die Stimmenthaltung der Fraktion nicht weichen.“

Im Schluswort führte Scheidemann nun u. a. aus: Es sei ein Verbot, gegen den Staat zu kämpfen ... Wenn Bergmann sage: nicht schwarz-rot-gold, sondern rot, so ist das doch Kämpfung gegen die Republik. (Widerjubel.)

Diese Auseinandersetzungen oppositioneller SPÖ-Funktionäre zeigen, daß sie zu erkennen beginnen, wohin sie die Politik ihrer Partei führen. Diese Scheidemanns Gegenargument, sothe Antritt, es besteht nur, daß die Kommunistische Partei in ihrer Politik den Willen der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft durchsetzen will. Wir müssen mehr außerhalb des Parlaments arbeiten. Die Massen verlieren das Vertrauen in uns.“ (Vernehmen Rotter Beifall.)

Lehmkulz: „Wir sind in der Republik keinen Spott weiterkommen. In der Fürstentagsfrage kann und kann man die Stimmenthaltung der Fraktion nicht weichen.“

Die Komödie. Der Vorverkauf für den am 24. Oktober

12 Uhr stattfindenden Vortrag von Alexander Moissi hat begonnen. Kartenbestellung auch telefonisch 11 739 — 22 441

oder Theaterloste.

Ein neues Photo-Preisausschreiben

Die neue Monatsschrift „Der Arbeiter-Fotograf“ (Grauer Deutscher Verlag, Berlin NW 7) veröffentlicht jeden Monat Ausgaben zu einem neuen großen Preisausschreiben für Arbeiter-Photographen. Geldpreise in Höhe von 200 RM und eine große Anzahl wertvoller Bücher sind als Preise ausgeschrieben. Die näheren Bedingungen kann jeder der Übernahmern im „Arbeiter-Fotograf“ entnehmen, die in allen Fortschrittsbuchhandlungen und bei unseren Literatur-Bürokratien zu haben ist.

Neues aus Rußland

90 Millionen Rubel für Elektrifizierung. Der Rat für Volkswirtschaft hat beim Finanzminister eine Summe von 90 Millionen Rubel für Elektrifizierung ausgewiesen, welcher Betrag in das Staatshaushalt für 1926/27 aufgenommen werden soll. Aus dieser Summe entfallen auf den Leningrader Industriegebiet 12 700 000 Rubel. So leben wir, so leben wir, so leben wir alle Tage Tapeten.

Wiederholung in der Sowjetunion verordnet werden. Für das Jahr 1926/27 ist der Fonds für Kriegsausgaben verfügt worden.

Eine Sonnen-Kristallstation. Aus Tscheljabinsk (WASS) wird berichtet, daß der Bau einer Sonnen-Kristallstation geplant wird, die nach dem Muster der Sonnen-Kristallstation in Philadelphia gebaut werden soll. Die Kosten werden sich auf 500 000 Rubel belaufen.

Kaviartransport nach Deutschland. Eine große Parcée Kaviar — 165 Tonnen — ist nach Deutschland verladen worden.

Der Umsatz der Messe in Nischni Nowgorod betrifft über 100 Millionen Rubel.

Bahnlügen der KPD

Die linke SPD, die angeblich eine andere Politik als die rechten "Hausnächte" bezeichnen will, unterscheidet sich in der Auffassung der Kommunisten nicht im geringsten von den anderen. Sie arbeiten in gewohnter Weise mit Lügen. In "Leipziger Volkszeitung" vom 18. Oktober bringt Liebmann der Überschrift "Einige Beispiele der kommunistischen Arbeit im Landtag" eine Reihe von Lügen. Es wird behauptet, daß die beiden Abgeordneten Granz und Lieberach am 30. Mai 23 im Ausschluß B bei der Beratung des kommunistischen Erwerbslohnentrages gesetzt hätten. In Eile bei die Vertreterin, zu Schlag, aus einem anderen Ausschluß geholt worden. Sie zu bitten, Wahrheiten anzuhören müßen.

In Wahrheit liegen die Dinge folgendermaßen:

Am 29. Mai 1928 brachte die kommunistische Fraktion einen Erwerbslohnentrag für sofortige Erhöhung der Erwerbslohnentlastung und für eine Wirtschaftshilfe zur Einberufung der bei den Erwerbslosen ein. Dieser Antrag wurde nicht behandelt, sondern dem Ausschluß B übertragen. Für den Ausschluß war für den nächsten Tag — also 30. Mai — eine Sitzung geplant mit der Tagessitzung, "Regulierung der vorhandenen Abschläufe zur Gewinnung elektrischer Energie". Bereits am Vortag verhandelten Granz und Lieberach mit dem Vorsitzenden Anders über die Behandlung des Erwerbslohnentrages. Aber wurde eine Verständigung erzielt, den Antrag am 31.

Giebelbach und Granz haben am 29. Mai erklärt, daß sie in Sitzung am 30. Mai wegen anderweitiger Arbeit nicht erscheinen könnten. Für Lieberach war Renner und für Granz ein Schlag als Vertreter von der Fraktion bestimmt worden. Frau Schlag nach Angabe der "Leipziger Volkszeitung" erfuhr nichts mehr, so liegt dies daran, daß sie sich schamhaft weigerte, in die Ausschüsse zu gehen.

In der Sitzung vom 30. Mai ist zum Schluß die Tagessitzung für den 31. Mai vom Vorsitzenden Anders vorgeschlagen worden. Der Erwerbslohnentrag der KPD soll behandelt werden, als Berichterstatter schlägt Anders den Abgeordneten Giebelbach vor. Da Lieberach nicht zugegen ist, wünscht er die Beratung bis Dienstag, den 5. Juni.

Der Abgeordnete Hofmann schlägt dann vor, Lieberach telefonisch zu verständigen und vorstehender noch einen Wirtschafter zu ernennen. In dieser Weise wurde auch verfahren.

Zum 31. Mai ist dann der Erwerbslohnentrag vom Lieberach bestimmt worden. In der Debatte erklärte der verantwortliche Sachse gegenüber den Kommunisten: "Der Dringlichkeitsantrag hätte bereits am Tage vorher behandelt werden müssen."

Daraufhin geben Granz und Lieberach folgende schriftliche Erklärung ab:

Der von Herrn Abgeordneten Sachse gegen die Abgeordneten der KPD erhobene Vorwurf, daß die Nichtberatung des Dringlichkeitsantrags am Mittwoch Schuld der Kommunisten sei, ist unwahr. Der Vorwurde, Abgeordneter Anders, hat dem Abgeordneten Granz erklärt, daß die Beratung des Antrages 308 am Donnerstag stattfinde. Diese Erklärung wurde vom Vorsitzenden, Abgeordnetem Anders, in der Sitzung am 31. Mai wiederholt.

geg. Granz, Lieberach.

Dies zu Prototyp gegebene Erklärung zeigt, auf wie schwierig der Leipziger-Volkszeitung-Schwund sieht.

Der Erwerbslohnentrag der Kommunisten wurde mit allen nur ein Stimmen von Granz und Lieberach abgelehnt. Abgelehnt gegen die Stimmen von Granz und Lieberach wurde ein weiterer Antrag, der verlangte:

Der Ausschluß B soll an das Präsidium heranreichen zur Erledigung des Antrages 308, den Landtag für Sonnabend, den 2. Juni, zusammenzuberufen.

geg. Lieberach, Granz.

Die Ablehnung dieses Antrages von der SPD bis zu den Deutschen Nationalen zeigt, daß die SPD mit den Bürgerlichen zusammen mit den Bürgern überhaupt zu helfen weiß. Deshalb lehnte sie die Zusammenberufung des Landtages ab.

Der Antrag wurde dann am 12. Juni verabschiedet, die Eröffnung fand am 19. Juni statt. Bei dieser Abstimmung stimmten die Sozialdemokraten gemeinsam mit allen Bürgerlichen der Deutschen Nationalen für den sozialistischen Antrag und damit jede Hilfe für die Erwerbslosen ab.

Weiter behauptet die "Leipziger Volkszeitung": Am 5. Juli wieder beide Vertreter der Kommunisten; sogar der Berichterstatter.

Zu 5. Juli hat eine Sitzung des Ausschusses B überhaupt stattgefunden. Wahrscheinlich meint Liebmann den 5. Juni. Am gleichen Tag war Granz im Sonderausschuss für die Beamtenberatung, laut Prototyp. Lieberach war im Leipziger Stadtkontrollenraum; mit seiner Verfehlung war offiziell ein Schlag droht und war auch zugegen. Auch dieser Schwund der "Leipziger Volkszeitung" hat sehr lange Zeit, wenn das Gedächtnis der Frau Schlag länger wäre, als ihr guter Wille es erlaubt, dann könnte sie dies dem Sozial-Minister berichten. In der Sitzung am 5. Juni stand überhaupt kein kommunistischer Antrag zur Beratung, deshalb konnte auch keiner verhindert werden, er war bereits am 31. Mai im Ausschluß verabschiedet worden.

"Lieberach schwängt als Berichterstatter"

Auch das ist eine Lüge, die von uns wiederholt fest- und widerlegt wurde. Aber auch hier gilt bei Liebmann die Behauptung: "Schwund nur seitens darüber los, etwas bleibt doch dran". Dabei wußten wir uns gar nicht auf Liebmanns Geschäft aus der 23er-Hausnächte-Fraktion bezahlen, obwohl da keine Freunde noch besser kennen als wir.

Der Unterlauftungsaußenjahr für Böhmen wurde am 8. März 1928 Antrag der Kommunisten gestellt. In allen 5 Sitzungen, die in der Zeit vom 20. März 1928 bis zum 4. Februar 1928 aufzufinden, wurde versucht, den Ausschluß aufzulösen, um so eine Unterlauftung zu verhindern, die linke SPD war auf der Seite der Bürgerlichen.

Der Berichterstatter, Genosse Lieberach, stellte vorerst 18 Fragen an die Regierung, die den Aufbau von Hirschfelde und Böhmen in der Zeit von 1919 bis 1923 betrafen.

Die Antwort der Regierung auf diese 18 Fragen wurde in einem 13 Schreibmaschinenseiten umfassenden Bericht von Lieberach dahin zusammengefaßt, daß in der angezeigten Zeit 150000 GM durch falsche Maßnahmen zwecklos ausgegeben wurden, dann konnte der Ausbau der Werke schneller und billiger durchgeführt werden. Der Ausschluß verhinderte eine weitere Durchführung der Untersuchung, indem er im Februar 1928 keine Arbeit für erledigt erklärte.

An diesem Tage sollte der Mitarbeiter Lippé keinen Bericht machen. Lieberach kam infolge anderer Arbeit 15 Minuten später. Dies benutzte der Ausschluß zur Auflösung, weil alle diese Parteien daran interessiert sind, über vorhandene Korruption den Mantel christlicher Nächstenliebe zu decken.

Die kommunistische Fraktion hat ein Handbuch über die Jahre Landtagsarbeit herausgegeben. Dieses Handbuch kann jeder erhalten. Der Inhalt ist eine wahrheitsgemäße Zusammenfassung, die jeder an der Hand der Stereogramme nachprüfen kann. Die KPD braucht die Öffentlichkeit mit ihrer Kr-

heit nicht zu scheuen. Anders die SPD. Auch sie hat ein Handbuch herausgegeben, das allerdings nur den SPD-Funktionären zugestellt, der Öffentlichkeit aber vorenthalten wird.

Die SPD fürchtet die Kontrolle der Öffentlichkeit. Nach den Wahlen kann man unter Umständen das Machwerk der SPD laufen, zur Zeit wäre es gefährlich, die in diesem Handbuch zusammengefügten Lügen einer öffentlichen Kontrolle zu unterbreiten.

Die Lügen der "Leipziger Volkszeitung" sollen verhindern, daß die Stellung der linken Sozialdemokraten im Sächsischen Landtag zu allen Fragen dieselbe war, wie die der 23 Reichstag. Auch sie haben immer gegen die Forderungen der Erwerbslosen gestimmt, sie haben nie etwas getan, um die Interessen der Erwerbslosen, der Arbeiter in den Staatsbetrieben, wie der Arbeiter überhaupt in allen Fragen, gegen die Öffentlichkeit der Bourgeoisie zu vertreten und die Arbeiter zum Kampf gegen diese Bourgeoisie zu mobilisieren. Im Gegenteil waren es gerade die linken Sozialdemokraten, die im Oktober 1923 aus den Händen des Generalleutnants Müller den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung ohne Zeigner und ohne die Kommunisten übernahmen. Sie, die noch am Abend vorher gemeinsam mit den Gewerkschaften und der KPD die ländlichen Arbeiter zu einem 23-jährigen Generalstreik aufrufen, stellten damit den kämpfenden Arbeitern in den Rücken und ließen sie dem weißen Terror der Reichsmarxisten und der Machregelung der ländlichen Industriellen aus. Diese ihre Rolle als eines Maschinstrumentes der Bourgeoisie gegen die Arbeiter will die linke SPD durch ihre Lügen gegen die Kommunisten verwischen. Möge sie noch so sehr lügen, sie wird nicht verhindern, daß die Arbeiter die Wahrheit erfahren und die Arbeiter in den neuen Landtag kommen.

Ein Schildbürgerstreich der USBS

Im Sommer vorigen Jahres hatte sich auch die USBS im Sächsischen Landtag einmal aufgerafft und unter dem 18. Juni folgenden Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu erlauben, allen Beamten der Bevölkerungsgruppen 1 bis 6 eine Wirtschaftshilfe von 100 Mark zu gewähren.

Zur Begründung dieses Antrages erklärte der Sprecher Schmidt großtartig folgendes:

Nun wird sagen, daß der Herr Reichsfinanzminister erklärt wird: Ja, diese einmalige Wirtschaftshilfe verhindert gegen die Bevölkerungsgruppen 1 bis 6 eine Wirtschaftshilfe von 100 Mark zu gewähren.

Für uns Sozialdemokraten kommt in Frage, daß wir nicht der Meinung sind, wenn man öffentlich sieht, wie sich die Notlage der Beamten mehr und mehr verschärft, dabei ruhig zwischen zu können, sondern wir sind der Überzeugung, daß mit der Bezahlung, wie sie gegenwärtig durch die Bevölkerungsordnung vorgesehen ist, die Leistungsfähigkeit der Beamten absolut nicht gefördert werden kann. Um deswillen müssen Sie schon dazu kommen, den Antrag, den wir gestellt haben, hinzugeben.

Als aber die Koalitionsregierung abwinkte und von finanzieller Unmöglichkeit sprach, da zogen diese vorradikalischen Helden ihren Antrag ganz beiseite zurück.

Auch ein Beitrag zur Fürsorge der USBS für die unteren Beamten.

Qualifiziert ihn bei der Landtagswahl durch die Wahl von Kommunisten!

Die "Fürsorge" des Sächsischen Landtags für die unteren Beamten

Der hierdurch Landtag steuerte sein Doktor in der letzten Sitzung mit der Abstimmung über einen von der kommunistischen Fraktion bereitgestellten Antrag folgenden Inhalt:

Die Regierung wird beauftragt, sämtliche Beamte, die nach dem jetzigen Haushaltplan in Gruppe 1 und 2 der Bevölkerungsordnung eingestuft sind, nach Gruppe 3 der Bevölkerungsordnung zu überführen und zu bezahlen; die Richtlinien über die Aufrüstung sind entsprechend abzuändern.

Mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten und linker Sozialdemokratie wurde derselbe abgelehnt.

Die Mehrheit dieses Landtages, von den Deutschen Nationalen bis zu den Sozialdemokraten, hat damit noch einmal ihre feindliche Stellung gegen die unteren Beamten unterstrichen. Es war nur der Schlupfpunkt unter einer Politik, wie sie in der gesamten Periode von der Mehrheit dieses Landtages betrieben worden ist. Wenn in diesem Falle die linken Sozialdemokraten mit den Kommunisten stimmen, so war das nichts anderes, als ein fauliches Mandat. Noch 5 Tage vorher hatten ihre Vertreter Mende und Kellner im Beamtenausschuß wahrscheinlich in der Meinung, daß der Antrag nicht mehr ins Plenum dieses Landtages kommen werde, mit den Deutschen Nationalen vorgegangen. Die Frontwechsel im Plenum war nur vorsätzlich in Rücksicht auf die Neuwahlen, für die sie sich die Chancen bei den unteren Beamten nicht verdorben wollten. Die Tatsachen müssen die Beamten sich besonders einprägen. Die Front ist klar.

Allein die KPD kämpft für die Interessen der Beamten und für die Verbesserung ihrer Lebenslage.

War der Antrag unbedarfbar? Einige Zahlen werden beweisen, daß dies nicht der Fall war. Nach der von der Koa-

lition regierung so laut geplante kleine Bevölkerungsreform verändert im Juni dieses Jahres, sind überführt worden:

88 Beamte aus der Gruppe 2 nach Gruppe 3;

der Kostenaufwand betrug 1698 Mark.

Heute sind in der Gruppe 2 noch vorhanden gegen 200 Beamte, zu denen ungefähr noch 115 Beamte der Polizei kommen. Das sind insgesamt 1450 Beamte.

In der Gruppe 1 sind noch 7 Beamte, deren Zahl nicht ins Gewicht fällt.

Rechnen wir bis Summe von 1698 Mark um auf den Kopf des zu überführenden Beamten, so ergibt sich der lächerlich geringe Betrag von 19,30 Mark. Das würde, multipliziert mit der Zahl 1450, die von diesem Antrag betroffen wurden, zu 17 950 Mark ergeben.

Jeder wird zugeben müssen, daß dieser Betrag bei einem Gesamtarbeitsmarkt von über 800 000 000, wie ihn der sächsische Haushaltspol aufweist, überhaupt nicht ins Gewicht fällt.

Die Regierung und dieser Landtag kann aber auch anders. Nach der kleinen Bevölkerungsreform wurden überführt: 70 höhere Beamte von Gruppe 10 und 11, Kostenaufwand 52 738 Mark. Das ist das dreifache von dem, was nach der Annahme unseres Antrages für die Überführung der gesamten Gruppen 1 und 2 mit einer 20fachen Zahl von Beamten, die dadurch höher gestuft werden wären, benötigt würde.

Man vergleiche die Zahlen:

70 höhere Beamte 52 738 Mark

88 untere Beamte 1 698 Mark

umgerechnet auf den Kopf ergibt sich bei:

1 höherer Beamter 75,41 Mark

1 unterer Beamter 19,30 Mark.

1 einziger höherer Beamter erfordert jetzt, wie 39 untere Beamte.

Den unteren Beamten werden jetzt gezahlt:

in Gruppe 1

im Anfangsgehalt 75,— M. im Anfangsgehalt 82,— M. im Endgehalt 100,— M. im Endgehalt 119,30 M.

Ersichtbar ist der Endgehalt erst nach 17 Dienstjahren.

Einmal einzigen höheren Beamten also wird gleich mehr bezahlt als 39 unteren Beamten.

Ein ganzer Jahresgehalt, den ein Beamter in Gruppe 1 als Anfangsgehalt erhält oder 6 Monatsgehalte der Gruppe 2 im Höchstgehalt. Der kleinen Gruppe höherer Beamten, die in Gruppe 10 schon Monatsgehalte von 495 Mark bezahlen, gilt die Fürsorge dieser Regierung, dieser Landtagsmehrheit. Die große Masse der unteren Beamten darf weiter hungern. In dieser Politik liegt System.

Die Regierung braucht die Hungerschäler, die unteren Beamten, um bei Lohnforderungen der Arbeiter auf die hinzuwenden und dieelben abstoßen zu können. Sie handelt damit auf Unterstützung der Industriellen und unterstützt praktisch den Hungerschlag der Industriellen gegen die Massen der Arbeiter.

Teile und herrsche, das ist ihr Weltmotto.

Die Verhinderung dieser Maßnahmen ist nur möglich durch Einheit der unteren Beamten in die gemeinsame Front aller Werktagen unter Führung der KPD, die allein konsequent für die Interessen der unteren Beamten eingetreten und auch im Landtag dafür gekämpft hat.

Die unteren Beamten quittieren die Haltung der Mehrheit dieses Landtages und dieser Regierung mit der Wahl von Komunus!

Die KPD das leitende Zentrum des Klassenkampfes

Der Klassenkampf erfordert die zentrale Zusammenfassung und die gemeinsame Leitung der verschiedenartigen Formen der proletarischen Bewegung (Gewerkschaften, Konsumvereine, Betriebsräte, Bildungsarbeit, Wahlen u. dergl.). Ein derartig zusammenfassendes Zentrum vermögt nur eine politische Partei, die KPD, zu sein. (Vorläufe und Statuten der KZ.)

Werk für die Kommunistische Partei Deutschlands

19. Jahrhundert

Die Technik schreitet voran. Es gibt auch Eisenbahnen, uns scheint, so lange wir uns erinnern können. Wer jedoch glaubt, daß diese "neue Erfindung" dazu da sei, sie zu jeder Gelegenheit schneller Beförderung zu benutzen, dem wird noch folgender Beleid einer Reichsbahnverwaltung über die Bedeutung von Gegenständen eines besseren belehren.

Am den Verlag unserer Zeitung ging heute folgendes Schreiben ein:

Dresden, Weitnerstraße, am 18. Oktober 1928

Sie geben heute und schon vor einigen Tagen Pakete Jettungen nach Königsbrück als Expreßgut auf.

Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß nach § 1 des Postgesetzes vom 28. Oktober 1921 Zeitungen politischen Inhalts, die öfters als einmal wöchentlich erscheinen, gegen Bezahlung von Orten mit einer Postanstalt nach anderen Orten mit einer Postanstalt nur durch die Post befördert werden. Die Beförderung durch die Bahn ist nur in einem Umkreis von 15 Kilometern vom Umlaufsort zulässig. Da die Entfernung nach Königsbrück 29 Kilometer beträgt, und wie nicht in der Lage Ihre Zeitungspakete als Expreßgut fernher zu befördern zu können.

Gepäckverwaltung (Unterschrift unleserlich).

So besiegt die Bürokratie von 1825 immer noch die Technik von 1928.

Oder das einmal anders wird?

Trete ein in die



Aus Ost Sachsen

Schönwitz. Eltern, deren Kinder zu Üfern die Schule verlassen und gewillt sind, ihre Kinder in die Jugendwehr zu leiten, werden gebeten, ihre Adressen bei folgenden Genossen anzugeben: F. Koenig, Pirnaische Straße 7, A. Baumann, Eisenstraße 6; B. Kotte, Mödlitz, Blücherstraße 7; W. Perner, Dresdener Straße.

Habenau. (Ein handelspolitischer Unternehmensschach!) Zu dieser Stelle ist der "Arbeiterstimme" teilt uns der Vorsitzender der R.A.U.D mit, daß der genannte Küchenmeister kein Sozialist ist und der Organisation auch früher nicht angehört hat. Wie stellen dies hiermit richtig. Gleichzeitig aber möchten wir bemerken, daß dieser Küchenmeister in Betriebe sehr sicheres als Sozialist bezeichnet und dadurch der Irrtum ungeteilt verschwunden ist.

Pleina. (Das gegen Sie eingeleitete Verfahren wegen Beamtenbedienung ist mit dem heutigen Tag eingestellt worden.) Die Mitteilung ging vor einigen Tagen einem unserer Freunde Parzellen zu. Das Altersheim läßt erkennen, wieviel ein Verfahren gegen den Bezeichnenden geschehen soll, ohne daß ihm bisher irgendwelche Meldungen gemacht worden sind. Die Anschuldigungen scheinen aber so unfruchtbare Sammlung zu sein, daß sogar unsere Behörde nicht wagt, die Angelegenheit zu verfolgen. Es ist auch kaum denkbar, daß der Beamte, der keine eigene Menschenwürde und auch die anderer nicht verletzt hat, beleidigt haben könnte. In einem anderen Falle würde wohl Beamtenbedienung überzeugt nicht möglich gewesen sein. Sollte es sich um einen solchen Fall gehandelt haben?

Pleina. Jugendliche der englischen Bergarbeiter hatte das zweite Sportfest der Arbeiterchaft zu einem Konzerthabend ausgeladen. Der Besuch war nicht schlecht, hätte aber in Anbetracht der Sache besser sein können. Das Programm bestrielt die Arbeitersolidarität Pleinas und Herdaus und der Volkschor. Die Darbietungen standen auf ebenso hohem Niveau als der Zweck, dem das Konzert diente. Seltens hat die Arbeiterschaft Pleinas einen solchen Kunstgenuss mit einer solchen

900

guten Sache verbunden gehalten erhalten. Die Lieder, die der Bergarbeiter sangen, waren bestimmt im zweiten Teil am eindrücklichsten. Das zeigte die Wirkung beim Publikum. Wenn wir auch die ungeheuren Schwierigkeiten zu würdigen wissen, unter denen die Arbeitervereine in ihrer Entwicklung zu leiden haben, so sollte doch die Donbartszeit, mit der die Gotha die Lieder der neuen Zeit entgegennahmen, dem Chor seinen Abdruck tun wird. In zukünftigen Worten zeigte Genossen Schmidt die hohe Aufgabe der Solidarität für die Arbeiterchaft und gab damit der Veranstaltung Richtung und Ziel. Bezeichnend war, daß von den führenden linken und rechten Sozialdemokraten nicht einer an dieser Solidaritätsfeierlichkeit für die englischen Bergarbeiter teilnahm. Sie demonstrierten dafür tatsächlich den Arbeitern die "Notwendigkeit" der Solidarität für Silverberg und die "notleidende Industrie". Die wichtige Kundgebung aber selbst zeigte, daß die Gedanken der proletarischen Klassenolidarität allen Sabotageversuchen gewisser Führer zum Trotz sich auch bei uns durchsetzen.

Freiberg. (Solidarität mit den politischen Gefangenen) Die öffentliche Versammlung, die die Rote Hilfe am 11. Oktober einberufen hatte, und in der Genossen Traute Högl über die proletarischen Opfer der Klassenjustiz sprach gehalten ist zu einer überwältigenden Kundgebung proletarischer Solidarität. Schon der begeisterte Empfang der Genossen Högl zeigte, daß trotz aller Terrors in Freiberg die Freunde proletarischen Klassenjustiz nicht erstickt worden ist. Unter Führung des Tambourages des R.F.S. Brand-Erbisdorf, so ein staatlicher Demonstrationszug, in dem sich viele Reichsbannerleute befanden, nach dem Bayrischen Garten, der schon vor Eintritt des Juges vollständig belebt war. Vor über 700 Personen zeigte sie an Hand erschütternden Materials den Leidensweg der Opfer der Klassenjustiz und forderte unter allgemeiner Zustimmung die Arbeiterchaft Freibergs zu entschlossenen Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen durch eine gründliche Änderung der politischen Verhältnisse in Deutschland auf. Die kommenden Landes- und Gemeindewahlen werden jedem einzelnen Arbeiter Gelegenheit geben, zu zeigen, ob er die Zeichen der Zeit verstanden hat. Eine Resolution, die sich

gegen das herrschende Justizsystem wendet und die Freilassung der politischen Gefangenen fordert, wurde einstimmig angenommen. 92 neue Mitglieder für die R.H. und der Antrag einer großen Anzahl Hölz, Brödörren und "Rote Hölz" zeigten den Erfolg der Versammlung. Die Kundgebung war ein hoffnungsvolles Zeichen für das Wiedererwachen der Freiberger Arbeiterschaft.

Döbeln. (Neues Klassenurteil) Am Freitag, den 18. Juni, wurden Freiwillige dabei überwältigt, wie sie die Plakate für den Volksentscheid mit ihren Flugverordnungen überklebten. Daraufhin sammelte sich spontan die Arbeiterschaft am nächsten Tage zum Schluß ihrer Plakate und zog truppenweise durch die Straßen. Ein Trupp Freiwillige, die dabei wieder überrascht wurden, wie sie die Plakate für den Volksentscheid überdeckten, flüchteten in den "Wettiner Hof", wo sich nun eine größere Menge anstimmte. Im Laufe der Zeit soll ein zwischen Freiwilligen und Arbeiterschaft zu Täuschungen und Auseinandersetzungen gekommen sein. Gestern standen vor Gericht die Stadtverordneten Brödörren und Kromeier und der Zivile Greiff. Die Anklage stellte auf Friedensbruch, Freiheitsverbrauch und Körperverletzung. Die aufmarschierenden Freiwilligen als Zeugen hatten ihre Rolle tapfer auswendig gelernt, vermieden sich aber trotzdem in Widerprühe. Der Verteidiger er Argelagte, Genosse Dr. Helm, bewies in seiner Rede die Unschuld der Anklage, so daß die Anklage wegen Friedensbruch freigesprochen gelassen werden mußte. Trotzdem wurde das unglaubliche Urteil von je zwei Monaten Gefängnis gesetzt. Der Gerichtshof begründete die Höhe der Strafe insbesondere unter Berücksichtigung auf eine Verordnung des ländlichen Innensenministers (des Sozialdemokraten Müller), wonach Auschreitungen im politischen Kampf mit besonders hohen Freiheitsstrafen geahndet werden sollen. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

Seußlitzendorf. (Lichtbildvorlesung der Naturfreunde) Am 22. Oktober findet abends 8 Uhr im Saal des "Venidze" ein öffentlicher Lichtbildvorlesung der Naturgruppe des Touristenvereins "Die Naturfreunde" statt. Wir verweisen hierbei auf das Inserat in der heutigen Nummer unserer Zeitung.

Massen-Kundgebung gegen den Röhnschen Polizeiterror am Donnerstag, den 21. Oktober 1926, abends 6,30 Uhr

in den „Annensälen“, Fischhofplatz, Redner: Gen. Leo w., Berlin (Mitgl. der Bundesleitung des R.F.S.)
im „Bürgergarten“, Löbau, Redner: Landtagsabgeordneter Rudolf Renner
in „Wagnes Ballettablissement“, Neustadt, Landtagsabgeordneter Dr. Schminde

Für ein rotes Arbeiter-Geschäft!

Arbeitersport

Ziele und Wege sportärztlicher Tätigkeit in den Arbeitersportvereinen

Dr. Tom Sparatz ist eine ganze Reihe von Erfahrungen, denen vornehmlich die Förderung der Gesundheit der Sporttreibenden und die Verhütung körperlicher Schädigungen durch sportliche Übungen, allen anderen voransteht. Die Sportärzte sind jetzt in neuerer Zeit zur Wissenschaft geworden. Ihre Gebiete sind noch nicht erschlossen und erfordern verhandlungswertes Zusammenarbeiten zwischen Arzt und Sportmann. Der Förderung dieser Arbeitsgemeinschaft dienen die folgenden Seiten, die die Arbeitersportler aller Verbände (Schwergewichtsleichtathleten, Fußballe, Turner, Schwimmer, Radrennen, Radfahrer usw.) über Ziele und Wege sportärztlicher Tätigkeit aufzulären mögen.

Der Sportarzt hat auf Grund seiner physiologischen, hygienischen und ärztlichen medizinischen Kenntnisse die Lösung wichtiger sportärztlicher Fragen anzustreben. Ferner hat er die Sportorganisationen und deren Mitglieder über allgemein anerkannte und keine persönlichen medizinischen Anschauungen und deren Auswirkung in Wort und Schrift zu unterrichten. Die Gelegenheit dazu bieten Sportzeitungen, Versammlungen sowie persönliche Rückfragen mit technischen Leitern und Sportleuten welche Anträge und Anregungen können dem Arzt nur erwünscht und willkommen sein. Auch wird er bestrebt sein, sich die praktischen Erfahrungen, insbesondere der technischen Leiter und deren Unterstützung bei der Auswahl geeigneten Untersuchungsmaterial nutzbar zu machen.

Durch Volkshe in den Übungsstunden wird der Arzt bestrebt sein, sich über wichtige Fragen selbst Klarheit zu verschaffen und die Ergebnisse sportärztlicher Forschung in der Praxis anzuwenden, soweit es die vorhandenen Mittel gestatten.

Wie den allgemeinen hygienischen Fragen in engstem Zusammenhang stehen die Unfälle und sonstigen körperlichen Schädigungen durch richtig oder falsch betriebene Leibesübungen. Der Erforschung dieses Gebietes folgten sofortige Meldungen irgendwelcher auch geringfügiger Unfälle und Krankheiten oder Leiden, die nach Ansicht der Betroffenen oder der Leiter mit den beschriebenen Sportübungen in Zusammenhang zu bringen sind. Der Arzt ist dadurch die Möglichkeit gegeben, sich ein Bild von der Häufigkeit solcher Vorkommnisse zu machen und Richtlinien zur Beobachtung in gemeinsamer Arbeit mit den technischen Leitern aufzustellen. Weitere über die Durchführung sei den diesbezüglichen Mitteilungen durch die einzelnen Sparten vorbehalten.

Der gesundheitlichen Überwachung der Sporttreibenden dienen Untersuchungen einzelner und ganzer Mannschaften, um zu ermitteln, ob dieselben sich zur Ausübung des Sports im allgemeinen oder bestimmter Sportarten resp. zu verhinderndem Training eignen, oder ob ihnen Beschränkungen mit Rücksicht auf irgendwelche dauernde oder vorübergehende Leiden auferlegt sind, bevor der Körper Schaden erleidet hat. Zu bestimmten Veranstaltungen ist der Arzt angewiesen zwecks Hilfeleistung bei Unfällen in Arbeitsgemeinschaft mit den Samaritanern des Gesundheitsdienstes und zu ärztlicher Beratung in Zwischenfällen, ob der eine oder andere Kämpfer mit Rücksicht auf einen kurz vorher erlittenen Unfall oder erworbene Krankheit ohne Gefahr am Kampfe teilnehmen darf.

Enge Zusammenarbeit des Arztes mit den Organisationen, technischen Leitern und Gesundheitsdienst, gegenseitiges Vertrauen zwischen Arzt und Sportmann, Einfühlung und guter Wille auf allen Seiten fordern die Erfüllung der gestellten Aufgaben und führen den Erfolg zum Wohle der Allgemeinheit und des einzelnen.

E. Moeller, prakt. Arzt.

Turnspiele.

Ergebnisse vom 17. Oktober, Fußball:

Kreis 1 - Pleißen 1:27, das einzige Serienspiel des Tages. Kreis 2 - Tempo. Das Resultat wird bis zur Halbzeit auf 3:10. Pleißen gewinnt. Röditz spielt ohne System, wogegen Pleißen ein geschlossenes Ganzen darstellt. - Im Freundschafts-

spiel hatte sich Alstadt 1 die Zittauer Mannschaft besiegt. Mit dem Resultat 18:4 muhte sich Zittau geschlagen defensiv. Untere Mannschaften: Alstadt 2 - Tettau 2:6; Friedrichstadt 2 - Pesterwitz 1:2; Alstadt 1, Jgd. - Zittau 1, Jgd. komb. 0:3; Friedrichstadt 1, Jgd. - Pleißen 1, Jgd. 2:4.

Handball: Coschütz 2 - Radeberg 2:3; Coschütz 1, Jgd. - Radeberg 1, Jgd. 0:0.

als Dresden in „Stadt Braunschweig“, Salzgasse 4. Erneut alle Funktionäre dringend notwendig.

Zentralausschuß zur Förderung der weiblichen Schule Zittau, Donnerstag, den 21. Oktober, abends 7:30 Uhr wichtig. Sitzung in „Döhlener Hof“. Erneut alle Delegierten unbedingt nötig.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei.

Mittwoch, den 20. Oktober:
Bezirksleitung. Engere B.Z.-Sitzung findet heute nicht statt. B.Z. Orgabit.

Donnerstag, den 21. Oktober:
Neugersdorf, 8 Uhr Funktionärsitzung bei Dutschke. Alle Funktionäre haben zu erscheinen.

Kommunistischer Jugendverband.
Mittwoch, den 20. Oktober:
Strieben, 7:30 Uhr „Sämt. Döbeln“: Niederadendorf. Instrumente mitbringen, ebenso Niederadendorf.

Johannstadt, 7:30 Uhr im Restaurant am Sportplatz Wintergartenstraße. Ecke Kamelienstraße: Vortrag: „Zehn Tage, die die Welt erschütterten.“

Altstadt/Friedrichstadt. Sämtliche gewerkschaftlich organisierten Genossen treffen sich abends 7 Uhr im Volkshaus, Ritterbergstraße.

Donnerstag, den 21. Oktober:
Johannstadt, 7:30 Uhr Fortsetzung des Elementarkurses bei Goldberg, Holzstraße 10, Sch. I. Alle Teilnehmer haben plötzlich zu erscheinen.

Strieben. Funktionärsitzung bei Hempel, Lauensteiner Str. 54, 7:30 Uhr plötzlich erscheinen.

Altstadt, 7:30 Uhr Gruppenabend bei Riel, Fischhofplatz 14. Thema: Unsere Arbeit während des Krieges. Ref. Gen. Schumann, Sekretär der J.A.

Görlitz, 7:30 Uhr bei Möbius; Gruppenabend. Thema: Wer ist M. Högl?

Schweidnitz. Wir beteiligen uns geschlossen an der Versammlung im „Bürgergarten“.

Piechow. Gruppenabend fällt aus. Dafür alles in die Versammlung zu Wazyle.

Roter Frontkämpferbund.

Donnerstag, den 21. Oktober:
Ortsgruppe Heidenau. Abends 7:30 Uhr in der „Reichskrone“: Gruppenversammlung. Liederbücher mitbringen.

Abt. 2 Zentrum, 6 Uhr Sitzung auf dem Reichsbahnhof zum Abschluß nach dem Hauptbahnhof. Pflichtdiens.

Tambourzug und Schalmeienkapelle, 5:15 Uhr an der Reibahnstraße: Pflichtdiens.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund.

Mittwoch, den 20. Oktober:
Strieben, Abt. 3, 7:30 Uhr im „Glashäuschen“: Versammlung. Referat über den Kongreß der Werkstätigen und Wählen. Gäste willkommen.

Proletarische Freidenker.

Mittwoch, den 20. Oktober:
Dresden-Piechow, 7:30 Uhr abends in Zittels Restaurant, Leipziger Straße, spricht Gen. Krieger über: „Was bedeuten die SS 218/19 für die proletarische Familie?“ Gäste willkommen.

Sonnabend, den 23. Oktober:
Meißen, 7:30 Uhr wichtige Mitgliederversammlung im „Gewerkschaftshaus“. Bericht von der Landesversammlung und Lichthildervortrag. Nachmittags 5 Uhr für alle Jugendliche Teilnehmer Lichthildervortrag: „Durch Südtirol zum Gardasee“. Eintritt frei.

Bautzen. Wanderabend mit Tanz nach Singwitz, 6:45 Uhr Sitzung an der Brauerei mit Angehörigen. Eintritt 20 Pf. pro Person. Tanz frei. Gäste willkommen. Bei Regen Fahrt verhindert.

Wegweiser für günstigen Einkauf und Verkehr

Wenn's niemand macht!
Oswald Macht!
 Hauptloge: Kaulbachstr. 31, 1. Etage
 Ecke Pfeilstrasse

MÖBEL
 aller Art
 Große Auswahl — Billige Preise
 Günstige Zahlungs-Bedingungen

A. Althus
 Große Brüdergasse 43, II. (Klein Laden)
 Man reicht genau auf diese Althus, Hausnummer 43
 Berufskleidung aller Art

Richard Nicolai
 Kleine Kirchstraße
 Wander- und Bergsport-Artikel

Großstoffe für Herren u. Damen
 Hermann Scholz
 Marienstraße 9, Eingang Dorflust

Dresdner Fischhallen
 Webergasse 17 (v. Altmarkt aus linke Seite)

Carl Lingke
 Webergasse 4
 Geöffnet 1830
 Böhmisches Bettfedern, Daunen,
 Inlett

Dresden-Alstadt

Achtung! Raucher!



A. Thomas Nacht, Inh. O. Fröhner
 Spezialität:
 Leinen- u. Baumwollwaren, Bettfedern, Daunen
 Freiberger Platz

Leistungsfähiges Haus für
Fahrradbedarf

Pr. Stolt, Falkenstr. 15, Ecke Ammonstr.

Groß- und Kleinhandel

W. Holzlöhner
 Einzelhandel 1a, gegenüber dem Volkshaus
 Schokolade / Kaffee / Zigaretten / Zigarren

Radio-Zentrale
 o. Grohmann
 Ritterstraße 3

Wäsche

Leinen- und Baumwollwaren, Inlett
 Bettfedern, Strampfwaren, Tricotwaren

Heckel & Battermann
 Pillnitzer Straße, Ecke Cranachstr.
 Beutzner Str., Ecke Weintreubestraße

H. Werlich

Schlesische Straße 12b

Dauerwäsche — Gummiwaren

Preis Löffel
 Wolldeckenwaren
 Sie laufen wie eine Biene!

FRANZ ELSTRÖM / Spezialgeschäft | **Dresdner Schuhvertrieb**
 Fernspr. 2128 Dresden-A. tr. Auguststr. 12 für Lacke und Farben

Findelisen Henke
 Kolonial- und Tabakwaren

Regenmantel-Klinik

E. POHL

übernimmt jede Reparatur sowie Neu-
 anfertigung von Regenmänteln
 Auf Wunsch begneinte Teilzahlung

+ H. Friebel +
 Schölerstraße 40b
 Summarien, Fräserwaren, Dauerwäsche

Boulevard Richter
 Fleisch- und Wurstwaren

Julius Scholz & Co.

Gigarren
 Wettiner
 Straße 10
 nur Max sagt: Qualität, Auswahl und immer billig

Kräuterhaus Eulex
 Am Schuhhaus 1
 Spezialhaus für Heilkräuter
 Medizin-Apotheke

Rundjunk-
 Zubehör, Geräte

Heiz-,
 Anoden-
 Taschenlampe-
 Batterien
 Akkumulator-
 Akkumulatoren
 Elektro-
 artikel
 oder der
 Fahr. Zschm. Ministr. 17
 viele Ritzscherde-
 Filiale: Weitwasserstr. 11

Max Fiedler
 Kolonialwaren, Zigarren, Tabak

Julius Bürger
 Ringstraße 56
 Bandagist und Orthopäd

**Wurst-
 Schneider**
 Trompetenstr. 13
 Fleisch- und
 Wurstwaren
 Prühstück-
 stände

21. Starzeder
 Schlesische Straße 1

Her, Schildp., Kürzp. u. Kalemzwerke

Leder-Ausschnitt
 und Schuhbedarfsartikel

kauft man gut und preiswert
 Im 300 52, Ecke Kleine Pleienseite Göse
 Filiale: Lützen, Kesselsdorfer, Ecke Reise-Str.

Emil Göbel, Lederhandlung

Joh. Görthofer
 Schäferstraße 14
 Farben Lacke Pinsel

Die passende Brille

Stabile Augenstärkerauszeichnung
 Bitte Sie vorr. Ihre Kosten zur Zuwendung von
 Diplom-Optiker Nahm

Wilsdruffer Straße 42, gegenüber des Kammer-Lichtspiels

Gasthaus „Stadt Braunschweig“
 empfiehlt seine Lokalitäten

Ueberall das vorzügliche
Dresdner Genossenschafts-Pilsner

Drogerie E. Dietrich
 Schölerstraße 79
 Drogen / Seifen / Farben / Lacke

Wurstschniders Prühstücksstäube
 Webergasse 28
 Jede Getreide - kein Bedauernsgeld
 Lebkuchen - Deutsches Fernsprechbüro
 Telefon Nr. 2105
 Feinstes Aufschnittgeschäft

Gustav Uhlig Nacht.
 Lederhandlung
 Inhaber: Franz Bonda
 Weiße Gasse 5

Bruno Böcharnt
 Fleisch- und Wurstwaren

R. Börner
 Reitbahnstraße 12

Brot-, Weiß-
 u. Feinbäckerei

Paul Sorge
 Am Schulzenplatz
 Bäckerei
 Konditorei

Dresden-Löbtau

MAX HERZOG
 Verkaufsstaderlage der Dresden-
 Predhoven- a. Kornspitzen-Fabrik
 (Brambach)

Kesselsdorfer Straße 19
 Spezialgeschäft für Weine,
 Spirituosen und Liköre

Woldemar Optiz
 Schillerstraße 7
 Fleischerei

BURGERGARTEN
 Verkaufsstaderlage der Dresden- Arbeitsbeschaffung
 Freitag und Sonntag: Moderner Ball
 Lübecker Straße 16

Oscar Grundmann
 Kesselsdorfer Straße 19
 Feinkost, Wild und Geflügel

Gebr. Weisspflog
 Große Pleienseite Straße 37
 Massanfertigung
 Manschette- und Cordonlage

Freital-Potschappel

Bruno Schubert
 Schulstraße, Ecke Kantstraße
 Kolonialwaren, Feinkost, Konfektion
 Weine

Herren-Moden-Haus
Hans Hnulik

Prima Fleisch- u. Wurstwaren
 R. Weinhold, Turnerstraße 10

Carl Paul
 Manufaktur
 Modewaren
 Freitags und Sonnabends 10%, Extra-Rabatt!

Schlüsse, Herrenartikel
 Helene Fischer, Unt. Dresdner, Str. 102

Richard Erhard
 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

G. Mödel, Rani-Straße 5
 Lebensmittel • • • • • Preishöhe

MANUFAKTURWAREN
DAMENKONFEKTION

Paul Herrmann

Hamburger Kaffee-Lager

Thams & Garls

Thams & Garls Kaffee ist der beste

Freital-Burgk

MAX LIPPOLD
 Weiß- und Feinbäckerei
 Schokoladen :::: Zuckerwaren

M. Knobloch
 Burgk Straße 44 — Am Hulbars
 En gros Zigaretten, Zigarren, Tabak En detail

Freital-Niederhäslich

M. Ebert | **Alfr. Pietzsch**
 Kolonialwaren
 Farben, Pinsel

Kolonialwaren
 Granwaren

Guten Einkauf!

sichert Ihnen durch große Auswahl und mäßige
 Preise das 32-jährige beste Renommee der Firma

Carl May

Georg Runzmann
 färbt, reinigt und wäscht alles

Bettfedernhandlung

H. Brühl
 Adenauerstraße 4 Aut: Freital 806
 Groß böhm. Bettfedern, Daunen, Inlett
 Dampfreinigung

Zigarrenhaus P. Münz
 Zigarren - Zigaretten - Tabake
 en gros
 en detail

Anna Wandel
 Kolonialwaren
 Grüngüter

Rich. Mohr

Fleisch- und
 Wurstwaren

Kurt Haldschentz
 Fleisch- und Wurstwaren

Oskar Schulze

Wehrstraße 4
 Kolonialwaren, Gemüse, Obst

Richard Kaulfuß

Fleisch- u. Wurstwaren
 Rudolf Badmann
 Leberhandlung

Freital-Öfen

Streichst du was mit Farbe an
 Kauf sie nur von

Uhlemann
 dritte G-ekalivierbar am Jahn

Tharand
 Zeitschriften

Akademische Buchhandlung

Papier- u. Schreibwaren

Arthur Sterl

Tapetenmeister und Dekorateur
 Polster- und Lederverarbeiten

C. Z. Café Zimmermann
 Bäckerei, Konditorei

Emil Pregel

Möbelmeister
 Verkauf von Öl- und Endfarben

C. Erhard

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

Paul Schirmer

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

G. B. Hartmann Nachl. Schützhold

Kolonialwaren, Drogen

Herren-Konfektionshaus

Beste Bekleidungsstätte der herzlichen Bedienung

Erwin Quadenus, Ritterstraße

die Gebäuertstraße

Dresdner Fischhallen A.-G. Webergasse 17

Ede
Quergasse
Telephon Nr. 21 034 24 750 und 13 455

Die Woche besonders billige und gute Geefische

Amtliche Bekanntmachungen

- Freital -

Großmarkt. Am Donnerstag, den 21. Oktober, ab 8 Uhr vor mittags findet Verlauf von Wahlen für die Gemeindewahl im Stadteil Döhlen, Feuerwehrhof, Wehrstraße, statt. Preis pro Pfund 50 Pfg.

Der Rat der Stadt Freital, 20. Oktober 1926.

Stadtverordnetenwahl

In Ergründung der Bekanntmachung vom 7. Oktober 1926 und mit Bezug auf die neue Gemeindewahlordnung wird hierdurch darauf hingewiesen, daß bei der am 14. November 1926 stattfindenden Stadtvorordnetenwahl insgesamt 37 Stadtvorordnete zu wählen sind. Die Wahlvorschläge müssen spätestens am 28. Okt. Mts. im Wahl- und Ratsamt — Verwaltungsstelle C — eingereicht sein. Der Inhalt der Wahlvorschläge muß den Vorschriften in § 26 der Gemeindewahlordnung entsprechen. Insbesondere müssen die Bewerber mit Vor- und Vornamen, Stand und Beruf, sowie Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Echtheit ein Zweifel besteht. Es dürfen in den Wahlvorschlägen höchstens bis zu 74 Bewerber enthalten sein. Die Zahl der Unterschriften der Wahlvorschläge darf nicht unter 30 betragen. Wenn es sich um Wahlvorschläge von Parteien handelt, die bereits im Stadtvorordnetenfolleum vertreten sind, so genügt die Unterschrift von 20 Wahlberechtigten.

Mehrere Wahlsiegte können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muss spätestens am 7. folgenden Monats im Wahl- und Ratsamt angezeigt sein.

Der Rat der Stadt Freital, am 18. Oktober 1926.

- Heidenau -

Schöffen- und Geschworenen-Wahl für die Stadt Heidenau auf das 1926 ist die hiermit gesetzte Wahlartikel. Diese Kartei liegt vom 23. bis 30. Oktober 1926 gleichzeitig mit einer begleitenden Kartei vor für die Beauftragung zum Schöffen- und Geschworenamt nachgehenden, gesetzlichen Bestimmungen im Rathaus, Zimmer 18, zu jedemmanns Einsicht aus.

Eindrücke gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Kartei können innerhalb der angegebenen Zeit schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden.

Heidenau, am 20. Oktober 1926.

Der Stadtrat.

Gratis-Gabe.



Wir geben bis auf Weiteres jeder ganzen Packung (80 Pfg.)

Kaliklor-Zahnpasta gratis eine Probodose

Queisser-Lanolin

bei, um auch dieses gute und vielgelobte Präparat unseren verehrlichen Kaliklor-Freunden bekannt zu geben.

Jede Anpreisung vermeidend, bitten wir ausschließlich die Gutachten des Prospektes gefl. zu beachten, besonders aber selbst zu prüfen. Dann sind wir gewiß, daß Queisser-Lanolin in Ihrem Hause seinen Platz neben Kaliklor finden wird.

Queisser & Co., G. m. b. H., Hamburg 19

Zur Besichtigung! Sollte eine ganze Kaliklor-Packung etwa keine Probe-Dose Queisser-Lanolin enthalten, dann bitten wir den lauren Kaliklor-Karten als Drucksache an uns. (Kaliklor-Fabrik, Hamburg 19) einzusenden. Deutliche Absender-Adresse nicht vergessen! Sie erhalten sofort eine Queisser-Lanolin-Probedose und das versprochene Foto zugestellt.

* In den halben Kaliklor-Packungen 50 Pfg. war die Beigabe leider unmöglich, weil zu klein.

Verein für volkstümlichen Wassersport e. V. Dresden

Abteilung Altstadt-Ort

Am Dienstag, den 19. Oktober, verschied nach schwerem Leiden im blühenden Alter von 29 Jahren, unse liebe Sportgenossin

Louise Haufe

Wir verlieren in ihr eine unserer besten, welche seit ihrer frühesten Jugend unsern Verein in jeder Beziehung, besonders bei sportlichen Veranstaltungen, hier am Orte sowie auch auswärts auf das Beste vertritt.

Wir werden ihr ein dauerndes Andenken bewahren.

1. A. Der Vorstand

Die Mitgliedschaft gibt ihr das letzte Geleis. Die Beerdigung findet Sonnabend, d. 23. d. M., nach 11 Uhr, auf dem St. Pauli-Friedhof statt.

Trettau, den 22. Oktober, abends 8 Uhr im Speiseaal der "Denkje"

Oeffentl. Lichtbildervortrag

„Von Banden durch das Engadin

nach St. Moritz“

Ref.: Herr Schiebold, Mts. Dörfle, Hamburg

Eintritt 0.10 Mk.

Im zahlreichen Gruppen bildet

Kooperationsverein „Die Naturfreunde“

Gruppe Seiffenversdorf

SARRASANI

Täglich 8 Uhr, Sonntags auch 4 Uhr

KUNST und SPORT

1. Neu- & erstk. Idee-Varietéprogramm

Dante, der drôleste Mensch

Original-Haller, die große Sportessenz

2. Ringkämpfe

Die großen Schießkämpfe

Internationale Meisterschaftswettkämpfe

Haus-Mittwoch-Ringe

Seelsta, Mittelgewichts-Meister

Turoff, Mittelgewichts-Meister

Kisch, Champion von Polen

(Technik kann von Kraft)

Ent en Idun-kampf

Roland, Mittlerer von Sachsen

Peter Scholz, Meistersinger

Kleinste Meisterschaft

50 PL — 2 PL

Max Schubert

Tabakwaren

Freital-Döhlen

Untere Dresdner Straße 129

U. O. Lichtspiele

Schandauer Str. 73

Ecke Altenberger Str.

Ab Donnerstag, den 21. Oktober bis mit

Sonntag, den 24. Oktober

Pat und Patachon

als Polizisten

in 6 Akten

erner als Beiprogramm:

Gummy sticht in See

Universal-Groteske in 2 Akten

Vorführungen: 1/2 und 1/2 Uhr

Erwerbslose zahlen nur Donnerstags halbe Preise

Sonntag nachm. 4 Uhr große Kindervorstellung

Eintritt 1/2 Uhr. Eintrittspreise für alle Plätze 50 PL

Kluge Eheleute!

Allesamt. Ged. Art. 1. Männer, Frauen, Säuglinge / Gemüsewaren, Spülgeschäfte

8. Freistehen, Dresden 4., Post 62

Theater am Wasaplatz

Beginn jedes Abends 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr

Donnerstag, 19. 11. Sonntag, 24. 11.

"Raffles", der Meisterdieb

4. Wie vom Spannung und 2. Donnerstag

Donnerstag, den 25. Oktober präsentiert

Wiederholung im Donnerstag-Abend

Rasernentluft

Brennmaterialien

aller Art sowie

P. Spülkartoffeln

an jedem

Mübach & Mayor G. m. b. H., Kirschstr.

Tymians Täglich

Das Thalia- 8 Uhr

einziges Theater
wirkliche
Volkstheater Dresdens

Vorzeitskarten außer Sonntags gültig

Fertige Reitkord-Sportanzüge
von M. 38.— an

Fritz Holzmüller, Pirnaische Str. 30

Mifa — Urania

u. Spezial-Fahrräder — günstig
Bedingungen, billige Preise

Lehmann, Zehnder Str. 72

Hermann Müller, Inh. Hermann Müller

Freital-P., Unt. Dresden Str. 88, Tel. 813

Beleidigungsschleife, "Fleiß"

Kutsch- und Leichtwagen

Steinkohle, österr. Braunkohle, Erdgas,

Koks, Holzkohle, Brennholz

soild und preiswert

Möbel

im

Konsumverein

Vorwärts

soild und preiswert
bei großer Auswahl